

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Der Österreichische Frauenring hat die Spitzenkandidat*innen
für die Nationalratswahl 2024 befragt.



ÖSTERREICHISCHER
FRAUENRING

Fragenkatalog für die Nationalratswahl 2024

Als Dachorganisation der Frauen*einrichtungen und Frauen*initiativen vertritt der Österreichische Frauenring indirekt die Interessen von über einer Million Frauen*. Für die von uns vertretenen Frauen* ist es in ihrer jeweiligen Wahlentscheidung nicht unerheblich, welche Positionen die Spitzenkandidat*innen der wahlwerbenden Parteien der Nationalratswahl 2024 zu zentralen Fragen der Geschlechterpolitik einnehmen.

Der Frauenring hat ersucht, folgende ausgewählte frauen*- und gleichstellungspolitische Fragestellungen im Rahmen der konkreten politischen Vorhaben der Parteien zu beantworten:

Fragen:

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Welche gesetzlichen Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um die vorhandenen Einkommensunterschiede zwischen Frauen* und Männern* zu beseitigen? | Seite 4-5 |
| 2. Besonders Frauen* sind häufig von Armut bedroht. Dabei droht vielen Frauen aufgrund geringer Pension wegen langer Kindererziehungszeiten, Pflege von nahen Angehörigen und/oder Teilzeit-beschäftigungen, Armut im Alter. Welche Maßnahmen werden Sie gegen diese Armutsgefährdung setzen? | Seite 6-8 |
| 3. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Perspektive notwendig, damit strukturelle Ungleichbehandlungen am Arbeitsmarkt endlich aufgebrochen werden? | Seite 9-11 |
| 4. Noch immer leisten Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit, weswegen seit den 1980er Jahren Kinderbetreuungsplätze flächendeckend in ganz Österreich gefordert werden. Wie werden Sie sich für diese dringend benötigten Einrichtungen einsetzen? | Seite 12-13 |
| 5. Obwohl sich 2017 alle Parteien im Nationalratswahlkampf für eine staatliche Unterhaltsgarantie ausgesprochen haben, gibt es sie bis heute nicht. Wie werden Sie diese Regelung umsetzen? | Seite 14-15 |

Fragen:

6. Zehn Jahre nach Inkrafttreten der Istanbul-Konvention ist die Anzahl der Femizide und Gewalttaten gegen Frauen erschreckend hoch und als eine der größten Krisen unseres Landes zu bezeichnen. Was muss getan werden, damit der Gewalt- und Opferschutz für Frauen analog der Istanbul-Konvention umgesetzt wird zu und welche konkreten Pläne haben Sie dafür?

Seite 16-18

7. Nach wie vor wird Sexarbeit nicht als Arbeit anerkannt, nach wie vor sind Rechte von Sexarbeiter*innen eingeschränkt. Derzeit wird auf europäischer Ebene das sogenannte Nordische Modell, also das Sexkaufverbot mit einer Strafe für „Freier“, diskutiert. Was halten Sie davon? Welche Verbesserungen schlagen Sie für diese Berufsgruppe – in erster Linie Frauen* – vor?

Seite 19-20

8. Wie halten Sie es mit Quoten? Sind Sie aus Ihrer Sicht notwendig und wo bzw. sollen sie zur Anwendung kommen?

Seite 21-22

9. 50 Jahre nach Einführung der Fristenlösung steht diese Errungenschaft der Frauenrechte wieder zur Diskussion. Nach wie vor gibt es keinen flächendeckenden, kostenfreien und legalen Zugang in öffentlichen Spitälern. Nach wie vor ist die Fristenlösung nicht straffrei gestellt. Gerade Frankreich hat mit der Verankerung des Schwangerschaftsabbruches in der Verfassung ein richtungsweisendes Zeichen gesetzt. Was werden Sie tun, um dieses Selbstbestimmungsrecht von Frauen auszubauen und vor allem vor weiteren Angriffen zu schützen.

Seite 23-24

10. Viele Frauen und vor allem feministische Aktivist*innen sind im Netz immer wieder mit massivem Frauenhass konfrontiert. Das Gesetz zu Hass im Netz ist nicht ausreichend und nicht niederschwellig. Was werden Sie gegen dieses Phänomen, das besonders Frauen und Organisationen, die feministisch arbeiten, mit Hass bedroht wird, vorgehen? Wie wollen Sie Betroffene optimal schützen?

Seite 25-26

Wir bedanken uns bei den kandidierenden Parteien für die Beantwortung der Fragen und sind zuversichtlich dass durch diesen Fragenkatalog eine feministische Meinungsbildung für die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler ermöglicht wird.

Für Rückfragen melden Sie sich unter office@frauenring.at.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Beseitigung von Einkommensunterschieden

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Wir müssen sicherstellen, dass die Leistung von Frauen und Männern gleich viel wert ist – hier darf es niemals eine Unterscheidung aufgrund des Geschlechts geben. Mehr Lohntransparenz ist in diesem Bereich ein zentraler Hebel.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Wir fordern eine verpflichtende Lohntransparenz die Einkommensunterschiede massiv verringert. Eine weitere Maßnahme ist die faire Aufteilung der Karenzzeiten auf beide Elternteile.

Freiheitliche Partei Österreich

Um Benachteiligungen für Frauen insbesondere im Einkommensbereich zu reduzieren, sind eine faire Einstufung und Entlohnung notwendig. Es braucht vor allem eine Anhebung der Löhne und Gehälter in den Niedriglohnberufen. Die Arbeitnehmervertretungen und Sozialpartner sind hier in die Pflicht zu nehmen.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Wir fordern verpflichtende Einkommensberichte auch für kleinere Unternehmen. Wir wollen auch Gleichbehandlungsstellen stärken und Arbeitsmarktprogramme für Frauen ausbauen. Und es braucht umfassende Maßnahmen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Neben den EU-Vorgaben ist es wichtig, die arbeitsrechtliche Durchsetzung davon abzusichern und beispielsweise bei den Gleichbehandlungsstellen für mehr Transparenz für Betroffene (also bessere Abstimmung zwischen den Bundesländern) zu sorgen – damit das Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit auch wirklich in der Praxis ankommt.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Beseitigung von Einkommensunterschieden

Die Bierpartei

Es braucht eine Aufwertung von frauendominierten Branchen, sowie eine Lohnerhöhung und Verbesserung der Rahmenbedingungen in diesen Bereichen. Auch die Umsetzung der Lohntransparenz ist verpflichtend.

Keine von Denen

Es braucht Maßnahmen, die die doppelte Benachteiligung von Frauen aufheben. Ein wichtiger Schritt ist unter anderem die Einführung eines Mindestlohns. Außerdem braucht es klare Lohntransparenzregelungen. Alle Bereiche der gesellschaftlichen Grundversorgung wie Gesundheit, Pflege und Bildung, sollten von der öffentlichen Hand finanziert und organisiert werden, was geringe Löhne und prekäre Arbeitsverhältnisse in diesen wichtigen Bereichen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, beseitigen kann. Wir alle wissen, dass der Markt das nicht tut.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Wir fordern einen gesetzliche Mindestlohn von 2 400 Euro brutto.

Liste Madeleine Petrovic

Eingriffe in vertraglich vereinbarte Löhne und Gehälter sind grundrechtlich sensibel. Was möglich ist, sind betraglich fixierte gesetzliche Mindestlöhne für alle Anstellungen. Was überdies möglich ist (und von uns befürwortet wird), sind Anreize für Unternehmen, die nachweisen, dass in ihrem Einflussbereich gleiche Löhne und Gehälter für gleichwertige Arbeit bezahlt werden. Bonuszahlungen wären hier möglich.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Maßnahmen gegen Altersarmut

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Ein qualitativ hochwertiges, zeitlich flexibles und flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot ist die Basis dafür, dass Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Wir streben weiters ein automatisches Pensionssplitting an.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Uns geht es darum, die Ursachen von Armut zu bekämpfen und Gerechtigkeit herzustellen. Wichtige Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind Arbeitsmarktschwerpunkte für ältere Frauen, die erwähnte Lohntransparenz nach isländischem Vorbild sowie die faire Aufteilung und höhere Anrechnung von Karenzzeiten.

Freiheitliche Partei Österreich

Der „Beruf“ Mutter und die Pflege von Angehörigen müssen unter anderem finanziell sowie mit anrechenbaren Pensionszeiten angemessen belohnt statt bestraft werden und es braucht Pensionszuschüsse für Teilzeit arbeitende Mütter. Wir wollen das „Ja“ zur Familie erleichtern und eine proaktive Familienpolitik betreiben, das heißt bspw. vier Jahre Kindererziehungszeiten sind für jedes Kind im Pensionskonto anzurechnen.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Wir möchten es Frauen erleichtern Vollzeit zu arbeiten, indem die Elternkarenz neugestaltet wird, mit einer gerechten Aufteilung auf beide Elternteile nach skandinavischem Vorbild. Darüber hinaus schlagen wir ein Pensionsmodell vor, das sich auf 2 Säulen stützt: Eine staatlich finanzierte Grundpension, die allen ab einem Alter von 65 Jahren zusteht, sowie eine zusätzliche Pension, die auf den eingezahlten Beiträgen basiert.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Maßnahmen gegen Altersarmut

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Mit einem verpflichtenden Pensionssplitting (bzw. einem Opt-Out, wie wir es uns vorstellen), gäbe es zumindest einen Mechanismus, um Care Arbeit von Frauen während der Karenz auch abzugelten. Ein großer Faktor für Altersarmut ist die hohe Teilzeitquote von Frauen. Wir brauchen Reformen, um Frauen am Arbeitsmarkt zu stärken. Das bedeutet, negative Erwerbsanreize im Arbeits-, Steuer- und Familienrecht abschaffen.

Die Bierpartei

Kinderziehung sowie Pflege von Angehörigen muss adäquat angerechnet werden, um der Altersarmut entgegenzuwirken. Auch muss das Pensionssystem für zukünftige Generationen reformiert werden.

Keine von Denen

Ein anständiger Mindestlohn ermöglicht auch Frauen im (derzeitigen) Niedriglohnsektor eine existenzsichernde Pension. Außerdem braucht es Maßnahmen, die es Frauen leichter machen, sich beruflich zu engagieren und dadurch Altersarmut vorzubeugen. Eine weitere Maßnahme gegen die Altersarmut von Frauen, die aufgrund Kinderbetreuung entsteht, ist die noch immer ausstehende Aufwertung und Reform des Pensionssplittings.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Es braucht die Anhebung der Ausgleichszulage, eine Kindergrundsicherung, einen Mindestlohn und die Möglichkeit, dass pflegende Angehörige angestellt werden, wie das in Graz in einem Pilotprojekt bereits gemacht wird. Auch braucht es substanzielle Maßnahmen gegen die Teuerung. Dazu zählen eine Energiegrundsicherung, fixe Mietzinsobergrenzen sowie Preisregulierungen bei Gütern des täglichen Bedarfs.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Maßnahmen gegen Altersarmut

Liste Madeleine Petrovic

Erstens sollte es endlich eine gesetzlich fixierte Mindestpension in Höhe des Existenzminimums geben. Weiters sind dringend Maßnahmen der Bewusstseinsbildung bei Mädchen und jungen Frauen erforderlich. Noch immer dominieren gesellschaftliche Erwartungen, dass Frauen sich für die Familie „aufzuopfern“ haben. Überdies sollten die staatlichen Förderungen für private Pensionskassen überdacht und zurückgefahren werden.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Ungleichbehandlung am Arbeitsmarkt

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Wir brauchen einen breiten Maßnahmen-Mix: Einerseits über den Ausbau der Kinderbetreuung, womit wir für Frauen Wahlfreiheit und einen schnelleren Wiedereinstieg ins Berufsleben schaffen, andererseits auch indem wir veraltete Stereotypen aufbrechen und auch MINT-Berufe für Frauen attraktiveren.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Zum einen muss eine echte Lohntransparenz auf Basis der EU-Lohntransparenzrichtlinie hergestellt werden. Zum anderen wird die hohe Teilzeitquote in Österreich zu Recht als negativer Turbo für den Gender Pay Gap angesprochen. Dabei ist Teilzeitbeschäftigung von Frauen nur selten freiwillig gewählt. Um hier gegenzusteuern, setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf einen gratis ganztägigen Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr ein.

Freiheitliche Partei Österreich

Wir fordern die Stärkung und Unterstützung von Frauen im Erwerbsleben, gezielte Förderung von Frauen und frauenpolitischen Maßnahmen, entkoppelt von Gleichstellungsmaßnahmen sowie keine Nachteile für Frauen durch flexible Arbeitszeiten oder Home-Office.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Wir möchten ein umfassendes Maßnahmenpaket: eine verpflichtende Lohntransparenz, eine Reform des Pensionssystems, der Ausbau der Kinderbetreuung, eine erweiterte verbindliche Frauenquote in Vorständen die Stärkung gezielter Arbeitsmarktprogramme für Frauen, die Stärkung der Gleichbehandlungsstellen und Maßnahmen zur gerechteren Verteilung von Care Arbeit. Um die Väterbeteiligung an der Sorgearbeit zu erhöhen sollen Informationsoffensiven helfen.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Ungleichbehandlung am Arbeitsmarkt

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Wir brauchen aber ein chancengerechtes Bildungssystem, damit wir einen Arbeitsmarkt mit weniger Ungleichheiten haben. Noch wichtiger ist aber, dass Frauen heute Angebote auf Führungspositionen aus familiären Verpflichtungen nicht annehmen. Deshalb braucht es Empowermentprogramme, einen Ausbau der qualitätvollen Kinderbetreuung, Änderungen bei Karenzregelungen, ein automatisches Pensionssplitting, etc., damit Betreuungspflichten gleichberechtigter aufgeteilt werden.

Die Bierpartei

Der erste Schritt wird mit der Bildung gesetzt: es braucht eine Anpassung der Lehr- und Lernmittel (gendergerechte Sprache, „geschlechteruntypische“ Unterrichtsbeispiele). Auf dem Arbeitsmarkt bedarf es volle Lohntransparenz und Frauenquoten in Führungspositionen. Auch braucht es einen Ausbau der (Klein)Kinderbetreuung und der Ganztagschulen, sowie die Förderung betrieblicher Kinderbetreuung, damit Frauen auch die Möglichkeit haben Vollzeit zu arbeiten.

Keine von Denen

Es braucht einen raschen Ausbau von öffentlichen Dienstleistungen in der Betreuung und Pflege von Kindern und pflegebedürftige Erwachsene. Außerdem fordern wir eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit, damit Frauen mit Betreuungspflichten nicht mehr in einem ungleichen Wettbewerb mit Männern stehen, von denen diese unbezahlte Arbeit nicht erwartet wird. Verkürzte Arbeitszeiten für Männer und Frauen werden auch helfen, Muster rückständiger, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung aufzubrechen.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Ungleichbehandlung am Arbeitsmarkt

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Die materielle Abhängigkeit durch die ungerechte Entlohnung kann durch die Pflicht zur Veröffentlichung aller Löhne und Gehälter in jedem Unternehmen und im öffentlichen Dienst sichtbar gemacht und durch Antidiskriminierungsregelungen bekämpft werden.

Liste Madeleine Petrovic

Wir begrüßen die Förderung von Mentoring- und Empowermentprogrammen für Frauen. Bei der Berufswahl stehen wir für Chancengleichheit und Wahlfreiheit. Bei der Elternkarenz befürworten wir die Förderung der Väterkarenz bzw. Karenzsplitting. Wenn Unternehmen nicht vorab davon ausgehen können, dass nur Frauen in Elternkarenzzeiten in Anspruch nehmen, ändert sich auch das Einstellungsverhalten.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Care-Arbeit und Kinderbetreuungsplätze

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Mit den 4,5 Milliarden Euro, die für die Kinderbildungs- und -Betreuung den Bundesländern und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, sollen folgende drei Bereiche im Fokus stehen: Der Ausbau der Plätze für unter 3-Jährige, der Ausbau der Öffnungszeiten und die Qualität der Kinderbetreuung.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Eine gute Bildung, die gleiche Chancen für alle bietet, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frauen und Männer den Wunsch nach gerechter Arbeitsteilung – Halbe-Halbe – in der Praxis leben können. Dazu braucht es einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Gratis-Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr, Öffnungszeiten, die mit einem Vollzeitarbeitsplatz vereinbar sind ein gratis Mittagessen für alle Kinder in Bildungseinrichtungen bis inklusive Unterstufe, ein bundeseinheitliches Rahmengesetz für Elementarpädagogik, eine Personaloffensive für den Bereich der Elementarpädagogik sowie bessere Entlohnung für Beschäftigte im Bereich der Elementarpädagogik.

Freiheitliche Partei Österreich

Ausreichend Kinderbetreuungsplätze müssen bedarfsgerecht für jene zur Verfügung stehen, die diese brauchen. Mütter müssen aber selbst entscheiden und die Wahlfreiheit haben dürfen, ob sie ihre Kinder zuhause betreuen oder einen Kinderbetreuungsplatz in Anspruch nehmen wollen. Zwang lehnen wir hier entschieden ab.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Der Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen ist uns immer schon ein wichtiges Anliegen. Um den Ausbau der Elementarpädagogik nachhaltig zu sichern, müssen aber auch die Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen verbessert werden.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Care-Arbeit und Kinderbetreuungsplätze

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Wir setzen uns für einen Stufenplan ein, mit dem schrittweise von älteren zu jüngeren Kindern ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz eingeführt wird. Im Endausbau besteht für jedes Kind ab dem 1. Geburtstag ein Anspruch auf einen kostenlosen Bildungs- und Betreuungsplatz. Während die Zuschüsse ins Pensionssystem rapide steigen, hinken wir bei den Ausgaben für elementare Bildung und Betreuung hinterher. Wir fordern, diesen Anteil zu steigern, um mehr Budget für Bildung und Betreuung zur Verfügung zu haben.

Die Bierpartei

Die Bierpartei setzt sich für flächendeckende Kinderbetreuung in ganz Österreich ab dem 1. Lebensjahr des Kindes ein.

Keine von Denen

Natürlich sind wir für kostenlose, ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuungsplätze von hoher Qualität.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Es braucht ein bundesweites Gesetz, das auch Betreuungsschlüssel, Qualifikationsanforderungen u.ä. einheitlich regelt und die Bereitstellung der materiellen Ressourcen für den laufenden Betrieb sicherstellt.

Liste Madeleine Petrovic

Wir stehen für Wahlfreiheit und Eigenverantwortung. Eltern sollten die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder eine externe Betreuung in Anspruch nehmen. Wir setzen uns für den Ausbau von flexiblen Betreuungsmodellen ein, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Familien gerecht werden.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Unterhaltsgarantie

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Der Unterhaltsvorschuss ist ein bewährtes Instrument, um nicht erbrachte Unterhaltsleistungen auszugleichen. Zudem haben wir in Österreich ein sehr gut ausgebautes Sozialsystem und ein engmaschiges Netz an Unterstützungsleistungen mit einer Vielzahl an Familienleistungen und Sozialleistungen. Wir haben uns massiv dafür eingesetzt, dass die Familienleistungen weiterhin bei den Kindern ankommen.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Die SPÖ fordert bereits seit vielen Jahren die Umsetzung einer Unterhaltsgarantie und hat diese auch in parlamentarischen Initiativen gefordert. ÖVP und Grüne konnten sich zu keiner Entscheidung durchringen und vertagten die Anträge bis zuletzt.

Freiheitliche Partei Österreich

Die nach wie vor vorhandenen Lücken im Unterhaltsrecht müssen rasch geschlossen werden. Die Regierungsfractionen von ÖVP und Grünen haben in den letzten Jahren keinen gemeinsamen Vorschlag für eine neue Regelung des Kinderunterhalts vorgelegt. Wir sind jedenfalls gesprächsbereit.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Es waren immer wir Grünen, die den Kinderschutz vorangetrieben haben. Uns ist die Kindschafts-, Familien- und Eherechtsreform ein großes Anliegen. Wir haben eine umfassende Modernisierung des Kindschaftsrechts mit einer Unterhaltsgarantie ausgearbeitet und vorgelegt.

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Die Unterhaltsgarantie ist nur ein Teil der dringend überfälligen Kindschaftsrechtsreform. Diese liegt soweit wir wissen in den zuständigen Ministerien seit drei Jahren vor. Schritt eins zu einer echten Umsetzung wäre es deshalb wohl, diese Vorlagen zu sichten und im Idealfall möglichst rasch einer öffentlichen Diskussion zuzuführen, um die Umsetzungspotenziale zu finden.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Unterhaltsgarantie

Die Bierpartei

Keine Antwort erhalten.

Keine von Denen

Ja, es braucht eine staatliche Unterhaltsgarantie, die jedem Kind volle soziale Teilhabe garantiert.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Die KPÖ wird als laute Oppositionskraft im Nationalrat die regierenden Parteien an ihre Versprechen erinnern.

Liste Madeleine Petrovic

Wir unterstützen die Einführung einer staatlichen Unterhaltsgarantie, um sicherzustellen, dass Kinder nicht unter der Zahlungsunfähigkeit eines Elternteils leiden. Dies sollte jedoch mit klaren Richtlinien und Mechanismen zur Missbrauchsverhinderung verbunden sein.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Femizide und Umsetzung der Istanbul-Konvention

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Ein zentrales Element ist der Ausbau von Schutz- und Übergangswohnungen. Dort können betroffene Frauen und deren Kinder, wenn sie den hohen Schutz des Frauenhauses nicht mehr benötigen, einziehen, um sich aus ihrer Gewaltbeziehung lösen zu können. In den vergangenen fünf Jahren haben wir außerdem den Ausbau eines umfassenden Beratungs- und Opferschutzangebotes für Frauen und Mädchen vorangetrieben. Eine neue Gewaltschutzstrategie wurde entwickelt, um die Koordinierung und Vernetzung des Beratungs-netzes zu stärken und die Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen sichtbarer zu machen.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Um die bestehenden die Lücken im Gewaltschutz endlich zu schließen, braucht es einen Nationalen Aktionsplan und dessen Umsetzung. Doch selbstverständlich beginnt Gewaltprävention bereits an den Schulen mit Burschen und Mädchen. Schwerpunkte wie Gleichberechtigung, Aufbrechen von Rollenbildern und Gewaltprävention müssen verstärkt thematisiert werden.

Freiheitliche Partei Österreich

Wir stehen für Opferschutz vor Täterschutz, Anerkennung unseres Frauenbildes, Verschärfung der Strafen für Gewalt- und Sexualstraftdelikte sowie die sofortige Abschiebung ausländischer Täter. In den letzten Jahren führte vor allem die falsch verstandene Toleranz in der Einwanderungspolitik dazu, dass Menschen aus fremden Kulturen, in denen die Schlechterstellung von Frauen normal ist, die Gewaltspirale in unserem Land in die Höhe geschraubt haben.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Femizide und Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Wir möchten den Gewaltbegriff um Gewaltformen wie Cat-Calling erweitern, um diese zukünftig sanktionieren zu können. Der Gewalt- und Opferschutz und die Prävention sollen mit einer österreichweiten Strategie weiter gestärkt werden. Ein zentraler Punkt ist die nachhaltige finanzielle Planungssicherheit für Österreichs Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Gewaltschutzzentren und Frauenhäuser inklusive Budgeterhöhungen. Neben dem flächendeckenden Ausbau der von Alma Zadić eingeführten Gewaltambulanz setzen wir einen weiteren Schwerpunkt auf frühzeitige bewusstseinsbildende Begleitmaßnahmen, wie die Fortführung der erfolgreichen Kampagne „MannSprichsAn“.

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Hier braucht es einen besseren Informationsfluss zu Betroffenen - damit diese auch schnell und unkompliziert herausfinden können, wo sie die nötige Hilfe erhalten können. Zur weiteren Prävention braucht es schon früh einen anderen Umgang mit Rollenbildern. Mit Bewusstseinskampagnen kann hier ein guter Schritt gesetzt werden, es braucht aber auch schon bei kleinsten Anzeichen von Gewalt ein schnelleres Greifen von Ursachenforschung nach den Tatmotiven, Opferschutzsystemen und Täterarbeit.

Die Bierpartei

Organisationen und Hilfseinrichtungen müssen ausreichend gefördert werden und auf Bundesebene vernetzend miteinander arbeiten. Es braucht auch neue Hilfs- und Beratungsstellen im Bereich der Opferhilfe aber auch jene der Täterprävention und -beratung müssen ausgebaut werden. Hier soll auch ein Augenmerk auf Intersektionalität gelegt werden.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Femizide und Umsetzung der Istanbul-Konvention

Keine von Denen

Es braucht flächendeckend, staatlich finanzierte und kostenfreie Einrichtungen und Beratungsstellen für Gewaltbetroffene und ihre Kinder, sowie eine massive Verbesserung der Kooperation und Koordination zwischen Bund und Ländern, Behörden, Gerichten und Gewaltschutzzentren. Zusätzlich sind wir für einen Ausbau der präventiven Täterarbeit sowie eine Kriminalisierung von nicht-physischer geschlechtsspezifischer Gewalt.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Dies ist ein komplexes Thema zu dem in Österreich viele Expert*innen arbeiten. Wir wollen ihnen – wie in vielen anderen Problemfeldern auch - Gehör im Parlament verschaffen. Zu nennen sind zum Beispiel die Forderungen der Autonomen Frauenhäuser Österreichs.

Liste Madeleine Petrovic

Der Schutz vor Gewalt muss umfassend sein. Die Prävention muss früh einsetzen. Gewaltschutzzentren müssen überall im Bundesgebiet leicht zugänglich sein bzw. in besonderen Fällen auch mit mobilen Aktivistinnen zu betroffenen Frauen kommen können.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Sexarbeit und Nordisches Modell

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Wir haben die Selbstorganisationen und Beratungsstellen finanziell wesentlich gestärkt, um ihre Arbeit zu unterstützen.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Aus Sicht der SPÖ braucht es jedenfalls eine Stärkung der Rechte von Sexarbeiterinnen, Schutz vor Ge-walt, Diskriminierung, Sexismus und Rassismus sowie soziale Absicherung und eine gute Gesundheitsvorsorge. Die finanzielle Absicherung von Beratungsstellen für Sexarbeiterinnen muss gewährleistet sein, ebenso wie Ausstiegsprogramme für jene Frauen, die diese in Anspruch nehmen wollen.

Freiheitliche Partei Österreich

Es braucht klare Regelungen in Bezug auf Sexarbeiterinnen. Frauen müssen vor Zwangs-prostitution geschützt werden. Wenn der Gesetzgeber und damit der Staat das Anbieten dieser Dienstleistung erlaubt und regelt, dann muss er auch dafür Sorge tragen, dass der Schutz dieser Berufsgruppe umfassend gewährleistet ist.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Wir Grüne machen uns für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter:innen stark, die rechtliche Rahmenbedingungen genauso umfassen wie die mehrsprachige und niederschwellige Ausarbeitung von Schutzmaßnahmen.

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Es hat sich beim Nordischen Modell gezeigt, dass viel Sexarbeit auch in den Untergrund gedrängt und somit das eigentliche Ziel verfehlt wurde. Es braucht daher einen sensiblen und sachverständigen Umgang mit dem Thema. Zuallererst braucht es daher einen gemeinsamen Austausch, um die größten Herausforderungen zu identifizieren, vorhandene Lösungsvorschläge zu evaluieren und im Idealfall bundesweit auszurollen. Die Mitsprache von Organisationen wie der AG Sexarbeit oder den Unterstützungsvereinen für Sexarbeiter:innen ist dabei unumgänglich.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Sexarbeit und Nordisches Modell

Die Bierpartei

Es braucht neben der Enttabuisierung der Sexarbeit auch eine österreichweite einheitliche, rechtliche Basis und einen Ausbau von Beratungsstellen.

Keine von Denen

Zwangsprostitution ist klar von Sexarbeit zu trennen und es braucht Maßnahmen und Strategien, um erstere zu beenden. Wir orientieren uns an den Forderungen der österreichischen Berufsvertretung Sexarbeit sowie von Beratungsstellen wie LENA und LEFÖ nach einer Entkriminalisierung von Sexarbeit und kämpfen gleichzeitig für eine Gesellschaft, in der Menschen nicht mehr auf prekäre Arbeit angewiesen sind.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Ein Problem dieser Diskussion ist die Verwischung von Frauenhandel und Missbrauch Minderjähriger mit legaler Sexarbeit. Für Frauenhandel und Missbrauch gibt es Gesetze! Jede restriktive Maßnahme, wie es das nordische Modell vorsieht, straft in erster Linie die Sexarbeiter*innen, weil sie mehr denn je in ungeschützte Zonen verdrängt werden. Auch hier gilt es die Organisationen der Sexarbeiter*innen zu hören.

Liste Madeleine Petrovic

Generelle Verbote der Inanspruchnahme (des Kaufs) von Sexarbeit oder Strafdrohungen sind nicht zielführend. Stattdessen muss unmissverständlich klar sein, dass Sexarbeiterinnen niemals zu Leistungen gezwungen werden dürfen. Überdies muss es niederschwellige Anlaufstellen und Schutzeinrichtungen für bedrohte und bedrängte Sexarbeiterinnen geben.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Quoten

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Wir setzen uns für einen ausgewogenen Frauenanteil ein. Die Bundesliste der Volkspartei für die Nationalratswahl besteht aus 50 Frauen und 50 Männern, die abwechselnd gereiht sind. Auch auf anderen Ebenen soll das Reißverschlussprinzip angewendet werden, um eine abwechselnde Platzierung von Frauen und Männern sicherzustellen.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Es braucht endlich verpflichtende Quoten in den Vorständen von Unternehmen. Auch die Unternehmenskultur in Österreich muss sich ändern, denn lange Sitzungen in den Abendstunden sind nur schwer mit Familie und Beruf vereinbar. Die SPÖ spricht sich einmal mehr für Quoten in der Wirtschaft und eine zügige Umsetzung der „Women on Board“ Richtlinie aus.

Freiheitliche Partei Österreich

Verpflichtende Quoten sind völlig falsche Show-Maßnahmen, die nur eine Hand voll Frauen betreffen. Das sind meist jene, die gute Kontakte pflegen, die wir dann in den Führungsgremien finden. Frauen brauchen keine Quote, sondern die Freiheit, Möglichkeit und Anerkennung, sich selbst zu entwickeln und den Weg gehen zu können, den sie gehen wollen.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Wir sprechen uns dafür aus, dass 50 Prozent der Spitzenpositionen in allen Bereichen mit Frauen besetzt werden.

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Dort, wo der Staat Steuerungsmöglichkeiten hat, soll er diese auch nutzen und mit gutem Vorbild vorangehen. Im privatwirtschaftlichen Bereich sehen wir Quoten kritisch, weil sie einen starken Eingriff in die Privatautonomie darstellen.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Quoten

Die Bierpartei

Ja – solange Frauen und Männer nicht wirklich gleichberechtigt am Arbeitsmarkt sind, können gezielte Frauenquoten ein probates Mittel für Verbesserung sein.

Keine von Denen

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Quoten notwendig sind, um die Repräsentation von Frauen im öffentlichen und politischen Leben sowie in der Wirtschaft zu sichern. Um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in der Politik zu fördern, beschränken wir den Anteil der Männer auf unseren Wahllisten auf maximal 50 Prozent der Listenplätze.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Wir sind für die 50% Quote für alle im Parlament und in Landtagen vertretenen Parteien. Frausein ist kein Programm, die Quote ist aber ein wichtiges Instrument zur Aufhebung der männerbündischen Strukturen in der Politik.

Liste Madeleine Petrovic

Wir lehnen starre Quoten ab, da sie individuelle Leistung und Freiheit einschränken. Stattdessen setzen wir auf freiwillige Selbstverpflichtungen und die Schaffung eines Bewusstseins für die Vorteile gemischter Teams. Allerdings sind z.B. staatliche Beratungsgremien, Einrichtungen der Sozialpartnerschaft sowie die Kammern auf ihre Gender-Balance zu überprüfen

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Schwangerschaftsabbruch

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Frauen dürfen sich bei der schwierigen und schwerwiegenden Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch nicht alleine gelassen fühlen. Als Politik und Gesellschaft haben wir die Aufgabe, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, um im Falle von ungewollten Schwangerschaften bestmöglich zu unterstützen.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Für die SPÖ steht fest: Der Schwangerschaftsabbruch muss raus aus dem Strafgesetzbuch. Jede Frau muss das Recht auf einen sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch haben. Wir wollen Schwangerschaftsabbrüche im Gesundheitsrecht regeln. Als SPÖ unterstützen wir die Initiative „#ausprinzip“, die sich nicht nur für einen legalen, sondern auch für einen wohnortnahen und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch einsetzt.

Freiheitliche Partei Österreich

Wir stehen zur Beibehaltung der aktuell gültigen Fristenlösung und dem gleichzeitigen Ausbau des Beratungsangebots bei gleichzeitiger Verbesserung der Rahmenbedingungen wie zum Beispiel dem Ausbau der finanziellen Unterstützung. Es braucht ein Umdenken, damit der erste Gedanke einer schwangeren Frau nicht der Schwangerschaftsabbruch sein darf.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Wir unterstützen jegliche Maßnahme hin zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in Wohnortsnähe und eine Kostenübernahme durch die Krankenkasse. Weiters sind Abbrüche reguläre, medizinische Eingriffe und sollten somit nicht im Strafgesetzbuch geregelt sein.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Schwangerschaftsabbruch

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Wir setzen uns für dafür ein, Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetzbuch zu bekommen und plädieren für Schutzzonen rund um Einrichtungen. Überdies braucht es jedenfalls mehr Bereitschaft der Bundesländer, die Versorgung auch wirklich sicherzustellen. Öffentliche Krankenhäuser sollten die Abbrüche durchführen. Um einen gleichwertigen Zugang für alle Frauen in dieser Situation sicherzustellen, sind Förderprogramme/reduzierte Kostensätze etc. von den Bundesländern zu begrüßen.

Die Bierpartei

Schwangerschaftsabbrüche müssen an öffentlichen Kliniken durchgeführt werden und um bestehende Kliniken muss eine Schutzzone eingerichtet werden. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sollte auf Kosten der Krankenkasse möglich sein.

Keine von Denen

Natürlich braucht es physische Selbstbestimmung und Wahlfreiheit für Frauen. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist eine der wichtigsten - vielleicht die wichtigste - Voraussetzungen für diese Selbstbestimmung in der Praxis.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Die KPÖ tritt für die Möglichkeit des kostenlosen Abbruchs in allen öffentlichen Spitälern in ganz Österreich ein. Wir fordern auch Verbotszonen für radikale Abtreibungsgegner vor entsprechenden Einrichtungen.

Liste Madeleine Petrovic

Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, aber auch die Berücksichtigung der Interessen des ungeborenen Kindes. Daher wollen wir die Fristenlösung in der derzeitigen Form beibehalten. Eine weitere Liberalisierung halten wir nicht für notwendig oder zielführend. Wir wollen jedoch die kostenlose Möglichkeit der psychologischen Begleitung sowie angemessene Hilfsprogramme, damit Frauen sich nicht aufgrund monetärer Gründe zur Abtreibung gezwungen sehen.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Hass im Netz

Karl Nehammer - Die Volkspartei

Wir haben bereits ein umfassendes Gesetzespaket gegen Hass im Netz geschnürt und arbeiten kontinuierlich an dessen Ausbau und Verbesserung.

Sozialdemokratische Partei Österreich

Die SPÖ fordert ein Maßnahmenpaket, um den Frauenhass im Netz zu stoppen. Abwertungen und sexualisierter, frauenfeindlicher Hass im Netz haben oft langwierige Rechtsstreitigkeiten zur Folge und es ist schwierig, Beleidigungen, Verleumdungen etc. löschen zu lassen. Wir möchten, dass Frauen dabei die beste Unterstützung bekommen. Zudem sollen misogynen Gewalt und Frauenhass künftig von Sicherheitsbehörden als eigene Kategorie für Ermittlungen erfasst und eine Statistik eingeführt werden.

Freiheitliche Partei Österreich

Viele Delikte sind schon jetzt durch bestehendes Recht abgedeckt. Eine schnellere Durchsetzbarkeit bei Verstößen halten wir für sinnvoll.

Die Grünen - Die Grüne Alternative

Mit dem Hass-im-Netz-Paket haben wir ein umfassendes, von Expert:innen lange gefordertes, Maßnahmenpaket umgesetzt, das sehr wohl niederschwellig und zielführend gegen Diskriminierung, Belästigung und Gewalt im digitalen Raum durchgreift. Weiters braucht es die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Österreich einzusetzen.

Wie halten Sie es mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Hass im Netz

NEOS - die Reformkraft für ein neues Österreich

Das ursprüngliche Hass im Netz-Gesetz hat gezeigt, dass hier nachgeschärft werden muss. Im Idealfall kann das über eine gute Umsetzung des europäischen Digital Services Act erzielt werden. Wir fordern außerdem, dass die Justiz mit entsprechenden finanziellen und personellen Mitteln für spezialisierte Stellen ausgestattet wird, damit die Verfolgung schneller funktioniert.

Die Bierpartei

Jegliche Art von geschlechtsspezifischer Gewalt, ob psychisch oder verbal, ob analog oder digital, muss als Strafbestand verankert werden. Des Weiteren setzen wir auch in diesem Bereich auf Prävention und Sensibilisierung.

Keine von Denen

Gewalt im Netz ist echte Gewalt und muss als solche anerkannt werden. Solange aber nicht sichergestellt wird, dass sich Onlineplattformen auch an die Regeln halten, bleiben diese Versuche zahnlos. Hier muss die EU für sehr viel striktere Haftung der Plattformen sorgen. Auf nationaler Ebene braucht außerdem ein engmaschiges Netz spezialisierter Beratungsstellen sowie geschulte Polizeibehörden, die Opfern digitaler Gewalt niederschwellig zu ihrem Recht verhelfen.

Kommunistische Partei Österreich - KPÖ Plus

Gewalt im digitalen Raum darf nicht unterschätzt und schon gar nicht als unecht abgetan werden: die Folgen sind oft schwerwiegend, wie viele Fälle in den letzten Jahren gezeigt haben. Der Opferschutz muss ausgebaut und ausreichend finanziert werden. Außerdem braucht es breite gesellschaftliche Sensibilisierung und mehr Medienbildung: Symptombekämpfung alleine reicht nicht.

Liste Madeleine Petrovic

Empowerment ist hier der Schlüssel. Gesetzliche Lösungen sind hier kontraproduktiv und können zur Meinungsunterdrückung missbraucht werden.